

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 36 (1957)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Der erste Kongress der Arbeiterräte Jugoslawiens  
**Autor:** Humbert-Droz, Jules  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336998>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

JULES HUMBERT-DROZ

## Der erste Kongreß der Arbeiterräte Jugoslawiens

Als Delegierter der Internationalen Forschungs- und Informationsstelle für Gemeinwirtschaft (IFIG) hatte ich die Möglichkeit, am ersten Kongreß der Arbeiterräte Jugoslawiens, der vom 25. bis 27. Juni in Belgrad stattfand, teilzunehmen.

Die Erfahrung der jugoslawischen Kommunisten auf dem Gebiete der Selbstverwaltung der nationalisierten Betriebe durch die Werktätigen ist von gewaltiger Bedeutung für die internationale sozialistische Bewegung. Die Eindrücke und Lehren dieser Tagung sollen daher in der «Roten Revue» ihren Platz finden.

Die Institution der Arbeiterräte als Selbstverwaltungsorgane der Produktion bildet den Gegenstand einer der wesentlichsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kommunisten Jugoslawiens und denjenigen der Sowjetunion. Die Bildung von Arbeiterräten nach jugoslawischem Muster ist eine der Forderungen der Arbeiterschaft, die sich gegen das bürokratische kommunistische Regime auflehnt. In Polen wurden sie von Gomulka unter dem Druck des Posener Aufstands eingeführt, in Ungarn während der nationalen Erhebung vom vergangenen Oktober von den Arbeitern selbst geschaffen. Chruschtschow und die russischen Kommunisten aber bekämpfen sie als eine gefährliche «anarcho-syndikalistische» Abweichung. Unsere neubestellte Programmkommission wird sich mit diesem Experiment beschäftigen müssen.

### *Die theoretische Bedeutung des Experiments*

Die sozialistische Bewegung will nicht nur das Schicksal der Werktätigen in der kapitalistischen Gesellschaft verbessern. Sie ist bestrebt – und das ist das, was sie von sozialgesinnten bürgerlichen Parteien prinzipiell unterscheidet –, die Struktur der menschlichen Gesellschaft zu ändern und den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen.

Das Ziel dieser Strukturänderung ist die Befreiung des Menschen vom wirtschaftlichen und sozialen Zwang, der die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit verhindert. Der Arbeiter und der Angestellte sind in der jetzigen Gesellschaft die Hauptopfer der sozialen Gebundenheit. Zum Leben besitzen sie nur ihre mehr oder weniger qualifizierte Arbeitskraft, die sie an die privaten oder kollektiven Eigentümer der Betriebe und wirtschaftlichen Unter-

nehmungen gegen Lohn oder Gehalt verkaufen müssen. Der Arbeiter und der Angestellte sind *Lohnempfänger*. Der Lohn oder das Gehalt ist der Preis, den ihnen die Unternehmung bezahlt, um das Recht zu erhalten, ihre Fähigkeiten und ihre Arbeitskraft auszunützen und auszubeuten. Innerhalb der Unternehmung wird ihnen kommandiert.

Der Sozialismus will, daß der Arbeiter aufhört, ein *Lohnempfänger* zu sein, um ein *Mitarbeiter* zu werden. Er soll nicht der «*Prolet*» bleiben, der ewig von seinen Arbeitsinstrumenten Vertriebene, der ständig Kommandierte, der keine Sicherheit hat vor willkürlichen Entlassungen. Er soll *Teilhhaber* werden, mit Mitbestimmungsrecht in der Unternehmung, in der er seine Fähigkeiten einsetzt. Dadurch will die sozialistische Bewegung der Arbeit den Ehrenplatz in der Skala der menschlichen Werte geben. Die Arbeit soll nicht mehr eine Ware sein, die wie Kartoffeln auf dem Markt dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen ist, sondern sie soll die wichtigste Funktion des Menschen werden, die Quelle aller Reichtümer der Welt und des gesellschaftlichen Lebens, die Voraussetzung zur Entfaltung der Fähigkeiten, der Intelligenz und der geistigen Persönlichkeit des Menschen.

Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles haben die Sozialisten die *Sozialisierung der Produktionsmittel* vorgesehen, das heißt die Überführung der wirtschaftlichen Unternehmungen aus dem Privateigentum in das *Gemeineigentum*, um so die Demokratie auf die Wirtschaft und das soziale Leben auszudehnen. Diese Überführung kann nur durch eine Handlung des Staates, durch ein Nationalisierungsgesetz erfolgen. Die Nationalisierung bedeutet nicht unbedingt die Verwaltung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen durch den Staat. Der Staat kann die nationalisierten Unternehmungen der Verwaltung einer besonderen Körperschaft des öffentlichen Rechts oder einer Genossenschaft übergeben. In den meisten von Kommunisten geleiteten Staaten ist der neue Eigentümer der Unternehmungen, der Staat, durch eine gewaltige Vermehrung des Staatsapparates und der Staatsbürokratie auch der direkte Verwalter. In Großbritannien hat der Staat für die Verwaltung der nationalisierten Betriebe Körperschaften gebildet, die dem Staat gegenüber für die Verwaltung verantwortlich sind. In Frankreich liegt die Verwaltung der nationalisierten Zweige der Wirtschaft in der Hand von Verwaltungen, in denen Arbeiter, Staat und Verbraucher vertreten sind. In Jugoslawien sind die nationalisierten Unternehmungen im Jahre 1950 der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Betrieben übergeben worden. Unser Programm «Die neue Schweiz» sieht vor: «Die Wirtschaft des Landes wird genossenschaftlich und föderativ in Selbstverwaltungskörpern aufgebaut.» «Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben ist gewährleistet.»

Die Sozialdemokraten haben sich entschieden mehr mit der Frage der Überführung der Produktionsmittel aus dem Privat- in das Gemeineigentum,

also mit den Nationalisierungen, als mit den Formen der Verwaltung der nationalisierten Betriebe beschäftigt. Und das war ein Fehler!

Die Nationalisierung ist an sich keine sozialistische Maßnahme. Kapitalistische Staaten haben gewisse Unternehmungen verstaatlicht oder kommunalisiert, besonders diejenigen, die öffentliche Dienste leisten, wie PTT, Eisenbahnen, Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke usw., ferner diejenigen, die Fiskalcharakter tragen, wie Produktion und Verkauf von Tabak, Salz, Alkohol usw., oder diejenigen, die für das Land wohl notwendig, aber defizitär sind.

*Diese Nationalisierungen haben aber die sozialen Verhältnisse nicht geändert.* An Stelle des Privateigentümers ist der Staat getreten. Er ist der Unternehmer geworden, ohne daß die menschlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den nationalisierten Betrieben sich geändert hätten. Der Arbeiter verkauft dem Staat seine Arbeitskraft, wird von ihm entlohnt und entlassen. Der Staat verhält sich gegenüber dem Arbeiter nicht anders wie der Privatkapitalist. Er besitzt aber eine viel größere Macht und kann dort, wo die Kontrolle durch das Parlament ungenügend ist, auf die Arbeiter einen stärkeren Druck ausüben. Sicher gibt es Länder, wo staatliche Arbeiter und Angestellte durch Gesetze besser geschützt werden; aber auch gegenüber den Staatsbetrieben müssen die Arbeiter ihre Forderungen stellen und für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen.

Diejenigen Arbeiter und Sozialisten – und es waren deren viele –, die von der Nationalisierung der Unternehmungen *automatisch* eine Änderung der gesellschaftlichen Lage der Werktätigen erwarteten, sind von den Folgen der Nationalisierungen enttäuscht worden.

Besonders lehrreich waren auf diesem Gebiet die Erfahrungen der Sowjetunion und der Volksdemokratien.

Die gesamte Wirtschaft wurde nationalisiert. Der Staat wurde der einzige Besitzer der Produktionsmittel und auch der einzige Unternehmer des Landes. Er nahm die Verwaltung der ganzen Produktion und die Verteilung der Produkte in die Hand und schuf eine große Zahl von Industrieministerien. Die während der Revolution eingeführte Arbeiterkontrolle in den Betrieben wurde abgeschafft. Der Arbeiter blieb der «Prolet» – kommandiert, ausgebeutet, miserabel entlohnt und mundtot gemacht.

Gegenüber dem Privatunternehmer konnte der Arbeiter streiken. Er konnte, um seinen Lohn zu verbessern, in einen andern Betrieb abwandern. Durch die Nationalisierung wurde der Privatkapitalismus wohl beseitigt, aber es entstand dafür ein Monopol des Staates auf dem Eigentum an Produktionsmitteln. Der Streik wurde als hochverräterische Handlung betrachtet, durch Gesetz verboten und bestraft. Lohnverhandlungen wurden abgeschafft. Der Staat bestimmte die Löhne und die Preise und konnte dadurch die Gewinnmarge nach den Bedürfnissen der Staatskasse willkürlich erhöhen. Er benutzte

seine Monopolstellung, um die sozialen Leistungen zu kürzen und den Lebensstandard der werktätigen Massen tief zu halten, damit die zahlreiche privilegierte Bürokratie, die Stütze des Regimes, sich besser stellte und damit eine mächtige Armee und ein enormer Polizeiapparat unterhalten werden konnten.

Die Nationalisierungen haben in den von Kommunisten beherrschten Staaten die Struktur der Gesellschaft nicht im Sinne des Sozialismus geändert, sondern in ein System von monopolistischem Staatskapitalismus, mit einer politischen und geistigen Despotie als politischem und kulturellem Überbau.

An dieser historischen Erfahrung kann man feststellen, daß nicht die Nationalisierungen die Hauptfrage der sozialistischen Strukturänderungen bilden, sondern vielmehr die Formen der Verwaltung der nationalisierten Unternehmungen. Diese Formen müssen eine wirtschaftliche und soziale Demokratie schaffen und entwickeln und nicht eine neue, schlimmere Despotie für die werktätigen Massen. Auch in Großbritannien haben die von der Labourregierung durchgeführten Nationalisierungen bei den Arbeitern eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen, denn sie erhielten kein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht. Ihre materielle Lage hat sich gebessert, ihre soziale Stellung in der Gemeinschaft jedoch kaum verändert. Sie blieben Lohnempfänger und Proleten.

Die jugoslawischen Kommunisten haben schon vor ihrem Bruch mit dem Kominform das russische politische und wirtschaftliche System sehr kritisch beurteilt. Sie wollten einen anderen Weg einschlagen. Ihre Widerstände haben zu ihrem Bruch mit dem Kominform geführt. Nach reiflicher Überlegung und gründlichen Vorbereitungen begannen sie im Jahre 1950 das Experiment der Selbstverwaltung der Unternehmungen durch die Erzeuger, wie der jugoslawische Ausdruck lautet, das heißt durch die Arbeiter, Angestellten und technischen Mitarbeiter der Betriebe.

### *Das jugoslawische Experiment*

Die nationalisierten Unternehmungen wurden den Werktätigen zur Selbstverwaltung übergeben. In allen Betrieben wurden von der gesamten Belegschaft – ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht – «Arbeiterräte» gewählt. Dieser Arbeiterrat bestimmt den Verwaltungsrat der Unternehmung, der ebenfalls aus Arbeitern, Angestellten und technischem Personal des Betriebes gebildet werden soll. Der Prozentsatz der Arbeiter und Angestellten in diesen gewählten Verwaltungskörperschaften ist durch Gesetz festgelegt, damit die Arbeiter immer eine genügende Vertretung besitzen. Die Verwaltungsarbeit wird nicht entlohnt, und alle Funktionen werden von den Werktätigen des Betriebes ehrenamtlich ausgeübt. Das Ratsmitglied erhält für die Zeit, die



es innerhalb der Arbeitszeit für die Verwaltung aufwendet, seinen gewöhnlichen Lohn.

Die Selbstverwaltung durch die Arbeiterräte besitzt sehr weitgehende Kompetenzen zur Führung der Unternehmungen und zur Gestaltung der Produktion. Diese Kompetenzen sind durch das Gesetz festgelegt. Sie umfassen alle Pflichten und Rechte eines Verwaltungsrates, inbegriffen die Verfügung über den nach Bezahlung der Steuer an den Staat und den gesetzlichen Rückstellungen erzielten Profit. Durch die Verfügung über den erzielten Reingewinn erhalten die Arbeiter am Ende des Jahres ihren Anteil an dem von ihnen produzierten Mehrwert. Das ist der wesentliche soziale Unterschied zwischen dem jugoslawischen System und den verschiedenen kapitalistischen Systemen, dem Privat- und dem Staatskapitalismus, wo der Produzent über die Früchte seiner Arbeit kein Verfügungsrecht besitzt, sondern der Besitzer der Produktionsmittel sich diese Früchte aneignet.

Bei der Ernennung des Direktors der Unternehmung sind die Kompetenzen der Arbeiterräte jedoch beschränkt. Die Wahl des Direktors liegt nicht in der Kompetenz des Arbeiterrats, sondern der Direktor wird durch die Gemeindeverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem Arbeiterrat, bestimmt. Der Arbeiterrat kann den Rücktritt des Direktors verlangen, wenn aber seine Gründe in der Gemeindeverwaltung nicht als genügend betrachtet werden und dadurch ein Konflikt zwischen Arbeiterrat und Gemeindeverwaltung entsteht, wird eine Neuwahl des Arbeiterrates angeordnet, bei der die bisherigen Mitglieder natürlich wiedergewählt werden dürfen. Beharrt der neugewählte Arbeiterrat auf dem Rücktritt des Direktors, dann muß die Gemeindeverwaltung nachgeben.

Der Direktor hat die Beschlüsse des Arbeiterrates und des Verwaltungsrates durchzuführen. Er hat aber die Pflicht, über die Gesetzlichkeit dieser Beschlüsse zu wachen. Die Gewerkschafts- und die Parteiorganisationen haben nicht das Recht, im Arbeiterrat zu intervenieren; sie können nur durch ihre Mitglieder innerhalb des Arbeiterrates Kontrolle und Einfluß ausüben.

Die Arbeiterräte sind durch dieses System weder Vertreter des Eigentümers noch Kollektiveigentümer der Produktionsmittel geworden, sondern sie sind demokratische politische Organisationen, welche es den Arbeitern, Angestellten und dem technischen Personal ermöglichen, ihre demokratischen Rechte in der Verwaltung der Unternehmungen unmittelbar zu verwirklichen. Mit den Arbeiterräten wird eine Koordinierung und Harmonisierung der Interessen der Gemeinschaft mit den Interessen der einzelnen Mitarbeiter der Produktion erstrebt und weitgehend auch erzielt.

Durch dieses System beginnt der Arbeiter zum Mitarbeiter zu werden, zum Teilnehmer an den Früchten seiner eigenen Arbeit. Er hat sein Schicksal und dasjenige seiner Kollegen in die eigene Hand genommen.

Die Bedeutung dieses einzigartigen Experiments ist gewaltig, und zwar

deshalb, weil hier die sozialen Beziehungen zwischen den verschiedenen Faktoren der Produktion geändert wurden. Die Stellung des Arbeiters in der Unternehmung ist wesentlich gehoben worden. Wir haben es hier nicht nur mit einer juristischen Änderung der Eigentumsverhältnisse zu tun, wie bei der Nationalisierung, sondern mit einer tiefgehenden Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, der menschlichen Beziehungen in der Produktion. Die soziale Demokratie wird tagtäglich im Arbeitsprozeß verwirklicht.

Das Experiment befindet sich noch in seinem Anfangsstadium. Es wurde unter ungünstigen Verhältnissen im Jahre 1950 eingeleitet. Die Wirtschaft des Landes war durch Krieg und Bürgerkrieg zerstört worden; das Land war wirtschaftlich rückständig. Die besten Söhne der Arbeiterklasse wurden während des Partisanenkrieges gegen die deutschen Armeen und gegen die eigenen Faschisten dezimiert. Der Aufbau mußte mit neuen Arbeitskräften aus der Landwirtschaft geleistet werden. Dazu kam der Bruch mit dem Kominform im Jahre 1948 und der gewaltige wirtschaftliche und militärische Druck Rußlands und seiner Satelliten auf Jugoslawien. Die Einführung der Selbstverwaltung der Betriebe war unter solchen Umständen eine gewagte Tat, aber eine Tat des Vertrauens in die schöpferischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse und in den Sozialismus. Und das Wagnis ist geglückt.

### *Der erste Kongreß hat die Bilanz gezogen*

Der erste Kongreß der Arbeiterräte fand erst nach sieben Jahren statt. Die ersten Jahre waren schwierig. Die Arbeiterräte hatten keine Erfahrung, waren nicht imstande, über die Mauer des eigenen Betriebes die größeren Zusammenhänge der Wirtschaft des Landes zu sehen. Die Arbeiter, deren Lebensniveau sehr niedrig war, sahen nur ihre eigenen persönlichen Interessen. So wurden zum Beispiel Vorschläge gemacht, die Unternehmung zu verkaufen und den Erlös unter die Arbeiter zu verteilen! Die Arbeiter waren gegenüber dem technischen Personal, den Ingenieuren, Buchhaltern, Managern sehr mißtrauisch, und noch mehr die technischen Kader gegenüber den Arbeiterräten. Es brauchte Zeit und Mühe, bis in allen Unternehmungen die Betriebsräte funktionierten und ihre Aufgabe begriffen. Die Gewerkschaftsorganisationen haben auf dem Gebiet der Organisierung und Schulung der Arbeiterräte eine mächtige Pionierarbeit geleistet, sie haben diesen schwierigen Prozeß gefördert und erleichtert. Es war aber richtig, auf die Initiative und auf das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu bauen.

Die Arbeiterräte haben die Produktion rationalisiert und die vielen unnützen Arbeitskräfte, die zur Zeit der bürokratischen Leitung in die Betriebe geschickt worden waren, entlassen. Die Arbeiter selbst haben Disziplin und Ordnung im Betrieb geschaffen. Die Schlamperei, die zur Zeit des Staatskapitalismus die Regel war, verschwand in dem Augenblick, da die Arbeiter

verstanden hatten, daß sie in ihrem eigenen Interesse arbeiteten. Die Qualität der Produkte besserte sich, das Produktionsvolumen nahm zu. Die ständige Erhöhung der Produktivität und des nationalen Einkommens beweist, daß die Selbstverwaltung ein wirtschaftlicher Erfolg wurde. Von 1952 bis 1956 ist das Nationaleinkommen um 57 Prozent gestiegen. Die industrielle Produktion nahm im Laufe der letzten fünf Jahre durchschnittlich um 12 Prozent pro Jahr zu. Der Detailhandel stieg um 81,8 Prozent, der Bahntransport von Gütern um 29,8 Prozent. Auch die Arbeitsproduktivität stieg jährlich um 1 bis 4 Prozent. Durch freiwillige Berufsschulung haben die Arbeiter auch eine höhere Qualifikation erreicht.

Im Lande selbst hat sich die Versorgungslage gebessert. Gegenüber dem, was ich bei meinen ersten beiden Aufenthalten in Jugoslawien in den Jahren 1950 bis 1954 gesehen, konnte ich dieses Jahr eine wesentliche Besserung feststellen. Viel mehr und bessere Waren sind jetzt in den Läden zu sehen, und es wurde mir von Leuten, die mit dem Regime nicht sympathisieren, bestätigt, daß die wirtschaftliche Lage sich merklich gebessert hat, ebenso die politischen Verhältnisse, das heißt es besteht eine größere Freiheit, seine Meinung zu äußern. Die innere und äußere Stabilisierung des Regimes hat dazu beigetragen.

### *Eindrücke vom Kongreß*

Ich war höchst gespannt auf die Erfahrungen der Arbeiterräte und auf die Meinung der Staatsführung über dieses Experiment. Jedoch hatte ich gewisse Bedenken gegenüber diesem riesigen Kongreß, der 2000 Delegierte aus allen Teilen des Landes nach Belgrad brachte. Ich fürchtete die übliche Propagandaaufmachung der kommunistischen Kongresse: unzählige Begrüßungen aus den Betrieben, Geschenke für die Führer von Staat und Partei, langweilige und lange, vom Manuskript abgelesene Propagandareden.

Aber ich wurde höchst angenehm überrascht. Die Eröffnungs- und die Schlußsitzung waren allerdings feierliche Veranstaltungen; doch waren es vor allem die ausländischen Gäste, besonders diejenigen aus dem Osten, die stundenlang die Rednertribüne mißbrauchten, um vorbereitete Reden mit langweiligen Statistiken abzulesen. Die Rede Titos am Eröffnungstag war kurz und sehr polemisch gegenüber den Russen, wegen deren Feindschaft gegen die Arbeiterräte. Das Hauptreferat des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, Salai, war sachlich und forderte auch die Delegierten auf, sachlich zu diskutieren und ihre Kritik und Erfahrungen ohne Rücksicht vorzutragen. Zwei Tage lang hat der Kongreß in sechs großen Kommissionen gearbeitet. Alle Delegierten, die sprechen wollten, haben dies getan. Mehr als 420 Delegierte nahmen an den Diskussionen teil, einige mehrmals. Während dieser



beiden Tage bin ich mit einem Dolmetscher in alle Kommissionen gegangen. Überall dasselbe Bild: eine freie, ernste, sachliche, manchmal sehr kritische Diskussion zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung, dieselben Forderungen auf eine Erweiterung der Kompetenzen und der Macht der Arbeiterräte.

Im Laufe dieser beiden Tage habe ich oft Mitglieder der Regierung und der Führung der Partei, Kardelj, Tcholakovitch, Wuckmanovitsch, Popovitch u. a., gesehen. Sie waren nicht in die Kommissionen gekommen, um zu sprechen oder die Staatsverwaltung gegen die vielen Kritiken zu verteidigen, sondern sie saßen stillschweigend dabei, um die Stimmung der Arbeiter und der Betriebe zu hören. Nach Schluß des Kongresses sagte mir Kardelj, wie lehrreich und nützlich für die Verantwortlichen des Staates und der Partei diese freien Diskussionen und offenen Kritiken gewesen seien.

Diejenigen, die sprachen, taten es ohne Furcht und Hemmung. Einige lasen aus einem vorbereiteten Zettel ihr Diskussionsvotum vor, die meisten sprachen frei. Erstaunlich waren die Fachkenntnisse dieser Delegierten. Sie kennen heute die Probleme ihres Betriebes und sehen auch die Verbindung des Betriebes mit der Wirtschaft des Landes. Wirtschaftliche, soziale, technische, organisatorische Probleme wurden behandelt, aber auch die Fragen der Arbeiterschulung, sowohl Berufsschulung als Schulung von Führungskadern. In der Kommission über die Arbeiterschulung verlangten die Arbeiter eine «Manager»-Schule!

Das alles sind Hilfsmittel, um die Verwaltungsaufgaben besser erfüllen zu können. Aber die Arbeiterräte und die Selbstverwaltung der Unternehmungen durch die Werktätigen sind selbst eine große Schule der Freiheit, der Demokratie und der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft.

Die Kontrolle gegenüber den Vertretern der Belegschaft in den Arbeiterräten und Verwaltungsräten sowie gegenüber den Direktoren hat sich bewährt. Eine Erhebung in 582 Unternehmungen hat gezeigt, daß im Laufe eines Jahres die Rückberufung und Ersetzung von Mitgliedern der Arbeiterräte in 28 Prozent der Unternehmungen stattgefunden hat, in 19 Prozent die Ersetzungen von Verwaltungsräten und in 8 Prozent die Ersetzung von Direktoren. Auch werden über wichtige Fragen Referendum und geheime Abstimmungen der Belegschaften organisiert.

Sehr lehrreich ist auch die Tatsache, daß die Arbeiterräte nicht nur die Lohnfrage sehen, sondern Maßnahmen zum besseren Schutz der Arbeiter in den Betrieben, hygienische und soziale Einrichtungen aus den Mitteln der Betriebe durchführen. So haben die Arbeiterräte der Metallindustrie im Laufe von vier Jahren einviertel Milliarden Dinar für diese Zwecke aufgewendet.

Parallel mit der Einführung der Selbstverwaltung der Betriebe durch die Werktätigen hat der Staat eine sehr weitgehende Dezentralisierung durchgeführt und den Kommunen große Kompetenzen gegeben. Auf diese Weise

sind die Arbeiter auch in der Verwaltung der Gemeinden, wo sie als Verbraucher und Einwohner mit den Problemen der Gemeinschaft sich beschäftigen müssen, sehr aktiv. Tausende und Hunderttausende von werktätigen Menschen werden dadurch politisch aktiv.

So wächst von unten her eine neue Form der Demokratie, in der die Initiative und die schöpferischen Kräfte des Volkes, in erster Linie der Arbeiterschaft, erweckt, gefördert und geschult werden, und dies alles auf der Grundlage einer großen Freiheit.

Diese Entwicklung, die nicht rückgängig gemacht werden kann, wird auf die Politik und die Struktur des Staates nicht ohne Einwirkung bleiben. Die Staatspolitik, die Hauptprobleme der Außen- und Innenpolitik, werden immer noch von der Kommunistischen Partei allein beherrscht und bestimmt. Der Staat ist immer noch eine Diktatur mit Einparteiensystem. Es wäre aber falsch, die wesentlichen Unterschiede dieser Diktatur gegenüber der kommunistischen Despotie der Sowjetunion und ihrer treuen Satelliten zu übersehen und in Abrede zu stellen. Im Wirtschaftsleben und in der Gesellschaft entwickeln sich neue Formen der Demokratie, die die alten parlamentarischen Demokratien des Westens nicht kennen und die auch den politischen Überbau Jugoslawiens bestimmen werden.

### *Die Forderungen nach mehr Kompetenzen*

Die Schlußresolution des Kongresses widerspiegelt die Forderungen der Arbeiterräte nach mehr Macht und mehr Kompetenzen. Der Staat interveniert in der Wirtschaft, um die großen Richtlinien der Planung zu verwirklichen. Hier verlangt der Kongreß,

«daß Voraussetzungen zu schaffen sind für eine Verminderung der administrativen Eingriffe in der Wirtschaft, die jedoch notwendigerweise im Interesse der Durchführung der Planproportionen auch weiterhin bestehen müssen, wobei gleichzeitig größere Einflußmöglichkeiten der unmittelbaren Erzeuger auf Entscheidungen in diesen Fragen zu schaffen sind»,

«daß die Rechte der Kommunen gegenüber den Unternehmungen zu präzisieren sind, um verschiedene Formen einer Druckausübung der Kommunen auf die Unternehmungen und eine Einmischung in jene Funktionen der Unternehmungen, die ihr unantastbares Recht sein müßten, auszuschließen».

Die Arbeiterräte verlangen auch «eine bessere Einsichtnahme und Einschaltung der Unternehmen in die Wirtschaftspolitik der lokalen Gemeinschaften». «Die Rolle des staatlichen Verwaltungsapparates in der Verwaltung der Wirt-

schaft soll immer mehr geschwächt werden.» «Die Arbeiterräte sollen selbständig die Wirtschaftsprobleme der Unternehmungen behandeln, sie sollen einen stärkeren Einfluß und selbständige Funktionen ausüben bei der Bestätigung der Richtlinien, Statuten und anderen inneren Organisationen der Unternehmungen, in der Bestätigung der Abschlußbilanzen, der Investitionspolitik, bei der Wahl und Einsetzung des Direktors, in der Politik der Verwendung gewisser Mittel für den gesellschaftlichen Standard und der Besserung der Arbeitsverhältnisse.» Sie wollen «eine weitere Demokratisierung und Entstaatlichung der Wirtschaft». «In Zukunft soll die Rolle der Arbeiterräte bei der Regelung auch anderer Arbeitsbedingungen (die bis jetzt dem Staat zusteht), wie zum Beispiel Arbeitszeit, Ferien, Wohnungsfrage, Werkküche, kultureller Bedürfnisse, gestärkt werden.»

Aus diesen Äußerungen der Schlußresolution kann man feststellen, daß die Arbeiterräte ihre Kompetenzen nicht nur im Betrieb, sondern auch in den Kommunen und im Staat erweitern wollen. In der weiteren Perspektive sehen sie sogar die Möglichkeit des Absterbens des Staates und der Schaffung einer neuen Gemeinschaft von freien werktätigen Menschen.

Die Resolution stellt fest:

«Durch die Schaffung der Arbeiterräte geht das Gesellschaftseigentum in eine Entwicklungsform über, für welche die gesellschaftliche Verwaltung in der Form der Entstehung einer Erzeugergemeinschaft gegenüber den gesellschaftlichen Produktionsmöglichkeiten charakteristisch ist.

In den Arbeiterräten und in dem kommunalen System widerspiegelt sich der Prozeß einer freien Vereinigung der Werktätigen, angefangen von der Unternehmung und Kommune bis zur Staatseinheit, die auch selbst allmählich immer mehr zu einer Gemeinschaft freier sozialistischer Erzeuger wird.»

Interessant ist auch, daß der Kongreß die Verwirklichung der Forderungen der Resolutionen nicht vom Staate, sondern von den Arbeiterräten selbst verlangt.

Im Laufe dieses Kongresses hatte ich mehrmals den Eindruck, daß ich den historischen Augenblick erlebte, da das Proletariat sein Schicksal selbst in die Hände nimmt und in der Gemeinschaft der Arbeit Herr seines eigenen Lebens wird.

Zweifellos ist diese Erfahrung für alle Sozialisten und alle aufgeschlossenen Menschen von entscheidender Bedeutung. Dieses Experiment muß näher studiert werden. In ihm liegt nicht nur eine interessante Lehre, sondern eine große Hoffnung.